

Stoppt die Kriegsbrandstifter

**Gegen Krieg und Besatzung im Irak!
Die Kriegsvorbereitungen gegen den Iran stoppen!**

Drei Jahre nach dem Krieg gegen den Irak bereiten die USA den nächsten Krieg vor. Diesmal gegen den Iran. Das Drehbuch für die Kriegsvorbereitung ist zum Verwechseln ähnlich. Dabei haben sich alle Gründe für den Krieg gegen den Irak als Lügen erwiesen. Deshalb braucht Bush für den Krieg gegen den Iran die Europäischen Union. Bundeskanzlerin Merkel hat bereits die Unterstützung der deutschen Regierung für einen Krieg signalisiert. Diese Unterstützung darf es nicht geben! Krieg ist Terror!

15. Februar 2003:
Kein Krieg für Öl! Millionen Menschen in aller Welt protestieren gegen den drohenden Krieg der USA gegen den Irak.

20. März 2003:
Trotz weltweiter Proteste beginnt das US-Militär mit der Bombardierung und marschiert in den Irak ein.

18. März 2006:
Wieder weltweit Demonstrationen: gegen die Besatzung des Irak; gegen den drohenden Krieg gegen den Iran. Der Irak versinkt im Chaos und steht am Rande eines Bürgerkrieges; geschürt von den Besatzungsmächten. 100.000 Irakerinnen und Iraker - Soldaten und Zivilisten, Mütter, Kinder und Greise - sind seit Kriegsbeginn von Bomben und Granaten zerfetzt worden. 2.500 Soldaten der Interventionsarmeen bezahlten Krieg und Besatzungspolitik mit ihrem Leben. Die Infrastruktur des Landes ist zerstört.

Die von der US-Regierung angegebenen "Gründe" für den Krieg sind längst als Lügen entlarvt: Weder gab es Massenvernichtungswaffen im Irak, noch war das irakische Regime mit Al Qaida im Bunde. Allerdings haben die Invasoren, die behaupten, Befreier zu sein, dort eine Art Schnellbrüter für Terrorismus geschaffen, der sich aus der Verzweif-



lung und Perspektivlosigkeit der Menschen und ihrem Hass auf die Besatzer nährt. Auch die Versprechungen von der blühenden Demokratie, die der US-Präsident im Irak aufbauen wollte, waren nichts als Propagandafloskeln. Zum Symbol des Irak unter US-amerikanischer Besatzung wurde das Foltergefängnis Abu Ghraib.

Folter und Geheimgefängnisse, Terror und Todesschwadronen gehören zum Alltag der Menschen im Irak. Fehlende Sicherheit, Armut, zerstörte

Infrastruktur, Abbau sozialer Errungenschaften, Diskriminierung von Frauen und Perspektivlosigkeit bestimmen ihr Leben.

Ohne Abzug der Besatzungstruppen wird es keine Perspektive für eine friedliche Entwicklung geben.

Nicht endender Krieg

Die Pentagonstrategen denken ihren Krieg in Jahrzehnten und über den ganzen Globus. Es geht um Öl und die militärische und politische Neuordnung der Welt zur Festigung der globalen Vorherrschaft der USA. Die ganze Welt soll der uneingeschränkten Macht der Multis unterworfen werden. Dafür sind die Kriegstreiber in Washington und in der Europäischen Union bereit, die ganze Welt in Brand zu setzen.

Vieles im Konflikt mit dem Iran erinnert an die Vorgeschichte des Irak-Krieges:

- Die Verdächtigungen, der Iran könnte Atomwaffen herstellen, ohne dass es dafür konkrete Beweise gibt.
- Erpressungspolitik und Ultimaten statt seriöser Verhandlungen.
- Die Drohungen aus den USA (und neuerdings auch aus Frankreich) mit einem Ersteinsatz von Atomwaffen.
- Das Bekanntwerden von Angriffsplänen der US-Armee.
- Der Versuch, die Atomenergiebehörde und den UN-Sicherheitsrat zu benutzen, um die Politik der USA und der tonangebenden Staaten der EU zu legitimieren.

Folgende Tatsachen sind dabei kaum noch zu hören:

- Die iranischen Atomaktivitäten bewegen sich im Rahmen der Rechte, die der Atomwaffensperrvertrag jedem Unterzeichnerstaat gibt.
- Beweise für ein Atomwaffenprogramm des Iran liegen nicht vor.
- Selbst wenn man davon ausgeht, dass das reaktionäre Regime in Teheran die Bombe bauen möchte, so wäre es nach Expertenangaben noch mindestens zehn Jahre davon entfernt.
- Es gibt also genügend Zeit für Verhandlungen und es gibt keinen Grund für Erpressung und Eskalation. Von einer Bombardierung des Iran wäre in erster Linie die Zivilbevölkerung betroffen. Die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak belegen dies.
- Die Bedrohung der iranischen Bevölkerung geht von zwei Seiten aus: den USA und den Mullahs. Die Erpressungspolitik der USA und der EU stärken die Position des despotischen Regimes in Teheran.

neue Rüstungsspirale in Südostasien

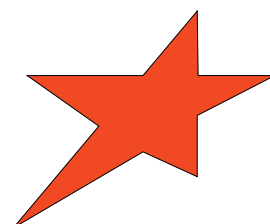
Bezeichnend für die US-Politik der "doppelten Standards" ist aktuell die Vereinbarung mit Indien über die atomare Zusammenarbeit und Lieferung von Waffen. Indien hat - wie auch Israel - im Gegensatz zum Iran nie den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet und hat bereits Atomwaffen gebaut. Mit dieser Vereinbarung werden alle Abkommen über die Atomwirtschaft, ihre Kontrolle und die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen ad absurdum geführt. Mit den US-Waffenlieferungen an Indien wird

die Rüstungsspirale zwischen Indien, Pakistan und China beschleunigt.

Die US-Regierung ist für ihre Machtinteressen bereit, die ganze Welt in Brand zu setzen.

Wir rufen auf

- sich mit Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen gegen den geplanten Angriffskrieg der USA zu wehren.
- Die USA müssen gegenüber dem Iran auf Gewalt verzichten.
- Die deutsche Regierung muss unmissverständlich eine deutsche Beteiligung am Krieg ausschließen und klar machen, dass im Falle eines Krieges gegen den Iran der US-Armee keine Überflugrechte eingeräumt und die Nutzung von Nachschubbasen untersagt werden.
- Die Bundesregierung muss sich stattdessen für eine friedliche Regelung des Konfliktes und für eine atomwaffenfreie Zone von Israel bis Indien einsetzen.
- Nur ein weltweites Moratorium für Urananreicherungsanlagen und die Einleitung von Schritten zur weltweiten atomaren Abrüstung kann die atomare Bedrohung reduzieren.
- Die Europäische Union muss mit dem Iran Verhandlungen über die Unterstützung zum Aufbau einer Energieversorgung ohne Atomenergie aufnehmen.
- Wir fordern die Auflösung der US-Kommandozentralen und Stützpunkte in Deutschland.
- Krieg und Besetzung im Irak müssen beendet werden. Die USA und ihre Verbündeten müssen Wiedergutmachung für die entstandenen Schäden leisten.
- Das System der weltweiten Folterlager der USA von Guantánamo bis Abu Ghraib muss sofort aufgelöst, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.



www.dkp-muenchen.de
www.kommunisten.de

DKP
Deutsche
Kommunistische
Partei

